

Geschlossenes Auftreten wichtig

Vorstandssitzung der Bürgerinitiative „Das bessere Bahnkonzept“

ALTENDORF

„Ist die Bahn nicht ein Staat im Staat, und weder ein Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer noch ein Bürgermeister aus unserer Region können diese zu Zugeständnisse zum Wohle der Bürger bewegen?“ Mit dieser Aussage konfrontierte Stefan Kabitz aus Zapfendorf die Vorstandmitglieder der Bürgerinitiative „Das bessere Bahnkonzept“ bei der Vorstandssitzung in Altendorf im Landkreis Bamberg.

Auch hier muss wegen des Ausbaus der ICE-Trasse von Nürnberg nach Erfurt der schienengleiche Bahnübergang mitten im Ort umgebaut werden. Stattdessen will die Bahn nur eine Rad- und Fußgängerunterführung bezahlen. Autos und auch Rettungsfahrzeuge müssten damit künf-

tig einen langen Umweg vom einen Ortsteil in den anderen bewältigen.

In Strullendorf will die Bahn eine Überführung ins Gewerbegebiet über eine Erschließungsstraße ohne Gehsteig anbinden. Die Aussage der Bahnplaner ist überall die gleiche: „Wir haben unsere gesetzlichen Vorgaben erfüllt, wenn ihr andere Lösungen verlangt, werden wir der Kommune, die Mehrkosten in Rechnung stellen.“

Planfeststellungsverfahren

Nach Kabitz' Informationen ist im Frühjahr 2013 mit den Planfeststellungsverfahren zu rechnen, hier werde die Bürgerinitiative wie vor 19 Jahren ansetzen. Sie wird alle Bürger, die sie um Rat bitten, beim Schreiben ihrer persönlichen Einwendungen unterstützen und eine fristgerechte Ein-

reichung der Einwendungen ermöglichen. Es sollte nicht mehr vorkommen, dass eine Gemeinde zu spät ihre Einwendungen erhebt und damit ihre begründeten Forderungen nicht beachtet werden, da sie als verspätet und nicht mehr fristgerecht zurückgewiesen werden müssen.

Auch Bürger, die weiter weg vom Trassenbau wohnen, sollten sich genau überlegen, ob sie nicht in irgendeiner Weise betroffen sind. Als Beispiel nannte Kabitz Zapfendorf, das außerhalb der ICE-Trassenbau-Arbeiten liegt.

Aber da ein Unternehmer den Großauftrag für die Sandlieferungen der Betonfabriken für die Tunnelbaumaßnahmen erhielt, würden die Straßen vom Kiesabbaugebiet zur Sandwaschanlage und zu den mobilen Betonfabriken viel stärker belastet und damit die Anlieger tangiert.

Hier sollte jeder Anwohner Schäden in Häusern und Gärten, Straßenverschmutzungen und exorbitante Lärmbelästigungen registrieren und zeitgenau dokumentieren, um bei möglichen gerichtlichen Auseinandersetzungen mit der Deutschen Bahn AG nicht in Beweisnöte zu geraten, riet Hans Bramann aus Bad Staffelstein.

Die Hauptforderung für die nahe Zukunft muss es sein, eine optimale Information und Transparenz von der Deutschen Bahn AG zu erreichen. Es geht nicht an, dass die Bahn die betroffenen Kommunen nur scheinbar informiert, um eine Geschlossenheit zu verhindern. Das Beispiel Bambergs, wo die Zerschneidung der Stadt mittels fünf bis sechs Meter hoher Lärmschutzwände droht, zeige, dass alle Bürger an einem Strang ziehen müssen.

-red-